



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Axel Lindner

Kommentar: Warum ist die Wirtschaftsleistung je Einwohner in allen ostdeutschen Ländern ähnlich hoch? (S. 58)

Katja Drechsel

Aktuelle Trends:

Zu den Effekten der Generalrevision des Bruttoinlandsprodukts (S. 59)

*Hans-Ulrich Brautzsch, Franziska Exß, Cornelia Lang, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Udo Ludwig, Birgit Schultz*

Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr (S. 60)

Frédéric Blaeschke, Peter Haug

Kommunale Kooperation und Effizienz:
Das Beispiel der hessischen Abwasserentsorgung (S. 61)

Matias Ossandon Busch, Julia Schneider, Lena Tonzer

Die „International Banking Library“ (S. 65)

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im zweiten Quartal 2014:
Baukonjunktur verliert etwas an Schwung (S. 68)

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im zweiten Quartal 2014:
Anhaltender Optimismus (S. 71)



Wirtschaft im Wandel

4/2014

29.08.2014, 20. Jahrgang



Warum ist die Wirtschaftsleistung je Einwohner in allen ostdeutschen Ländern ähnlich hoch?

Das IWH veröffentlicht jeden Sommer eine Prognose für Ostdeutschland. Immer häufiger fragen Journalisten, ob nicht die Entwicklung in dem einen oder anderen Bundesland anders ausfallen müsste als im Osten insgesamt. Ist Sachsen nicht wirtschaftlich ein Musterknabe, und hinkt Mecklenburg-Vorpommern nicht oft hinterher? Der empirische Befund ist ein anderer: Trotz aller Unterschiede scheinen sich die Länder in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eher anzugleichen. Wies im Jahr 1991 der Spitzenreiter in Ostdeutschland, das Land Brandenburg, noch ein um 18% höheres Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf als das damalige Schlusslicht (Thüringen), beträgt die Differenz gegenwärtig nur noch 6%; der Spitzenreiter ist jetzt tatsächlich Sachsen, und das Schlusslicht ist Mecklenburg-Vorpommern.

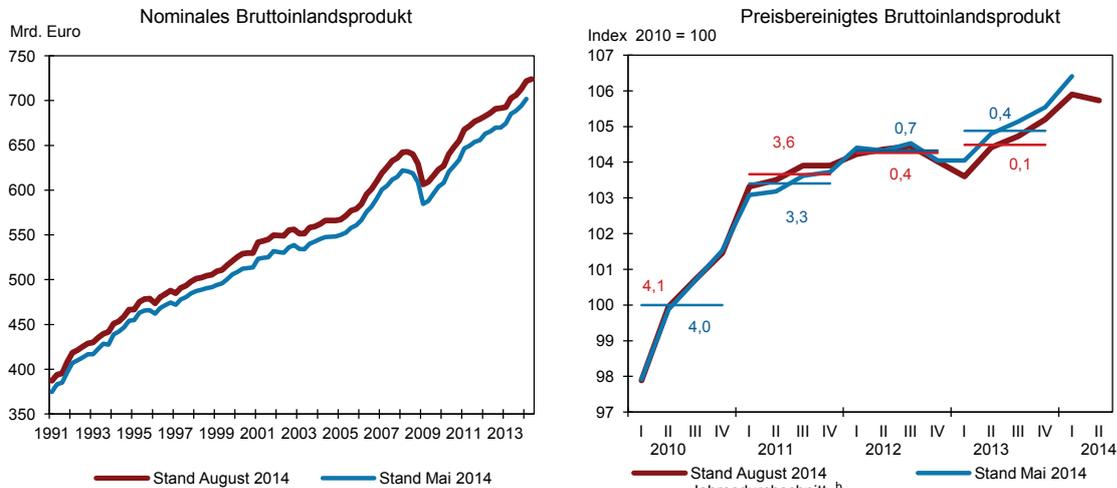
Allerdings verschwindet die scheinbare Konvergenz, wenn das Bruttoinlandsprodukt nicht pro Kopf, sondern absolut betrachtet wird. So war etwa die Wirtschaft Sachsens 1991, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, um etwa 3/4 größer als die Sachsen-Anhalts, natürlich vor allem wegen der größeren Bevölkerung. 2013 betrug der Abstand fast 90%, obwohl die sächsische Produktion je Einwohner nur wenig schneller gewachsen ist als in Sachsen-Anhalt. Der Grund: Sachsen hat seit der Vereinigung jährlich im Schnitt „nur“ 0,6% seiner Bevölkerung verloren, Sachsen-Anhalt aber nicht weniger als 1%. Dahinter stehen unterschiedlich starke Wanderungen. Wo die wirtschaftlichen Perspektiven besonders schlecht schienen, etwa im Südharz, sind mehr Menschen abgewandert als anderswo. Die industriellen Kernräume Sachsens-Anhalts, etwa das Mitteldeutsche Chemiedreieck, fielen mit ihrem vergleichbar hohen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner immer stärker ins Gewicht, und so blieb der Rückstand gegenüber Sachsen bei der Pro-Kopf-Produktion gering. Auf diese Weise hat die Migration dazu beigetragen, dass die Lebensverhältnisse zumindest zwischen den ostdeutschen Bundesländern gleichwertig blieben.

Übrigens kann in der jüngsten Prognose des IWH für Ostdeutschland nachgelesen werden, dass die Nettoabwanderung aus den ostdeutschen Flächenländern nach Westdeutschland in den vergangenen fünf Jahren immer weiter abgenommen hat. Seit dem Jahr 2012 dürfte sie niedriger als die Nettozuwanderung aus dem Ausland sein: Die Zahl der Zuzügler übersteigt die Zahl der Menschen, die Ostdeutschland verlassen.

*Axel Lindner
Leiter der Forschungsgruppe Makroökonomische Analysen und Prognosen*

Zu den Effekten der Generalrevision des Bruttoinlandsprodukts

- Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland^a -



IWH

^a Saison- und kalenderbereinigter Verlauf. – ^b Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Seit August 2014 werden in Deutschland die neuen Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts angewendet.^a Damit ergibt sich ein deutlicher Niveausprung in den Ursprungswerten nach oben (Abbildung links), der vor allem aus der Zuordnung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung resultiert. Diese werden nun als Investitionen und nicht mehr als Vorleistung verbucht. Ferner wurden datenbedingte Korrekturen und konzeptionelle Änderungen umgesetzt. Die jährlichen Wachstumsraten weichen bis zu 0,3 Prozentpunkte von den im Mai veröffentlichten Zahlen ab (Abbildung rechts). Die generelle Wachstumsdynamik bleibt jedoch nahezu unverändert. Noch größer sind die Revisionen der vierteljährlichen saison- und kalenderbereinigten Werte. Die Änderungen betragen bis zu 0,5 Prozentpunkte. Die größten Änderungen betreffen jeweils die Wachstumsraten des ersten Quartals eines Jahres mit durchschnittlichen Revisionen von $\pm 0,3$ Prozentpunkten. Für das erste Quartal 2013 wurde die Rate sogar um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Für die zweiten und vierten Quartale eines Jahres wurde eine durchschnittliche Korrektur der Wachstumsrate von etwa $\pm 0,1$ Prozentpunkten vorgenommen. Nahezu unverändert sind die Wachstumsraten des dritten Quartals eines Jahres.

Eine mögliche Ursache für die stärkeren zyklischen Bewegungen könnte die geänderte Verbuchung der Investitionen sein, denn diese tragen maßgeblich zur Volatilität des Bruttoinlandsprodukts bei. Ein Vergleich zeigt, dass die neu berechneten jährlichen Veränderungsdaten in den Aufschwungsjahren 2010 und 2011 über denen der Mai-Veröffentlichung liegen, für die Jahre 2012 und 2013 dagegen deutlich unter den bisherigen Werten. Allerdings dürften bei den Korrekturen der vergangenen beiden Jahre die üblichen Datenrevisionen stärker zu Buche schlagen als die rein methodischen Anpassungen. Alles in allem ist aufgrund der niedrigen Ex-post-Daten davon auszugehen, dass die Prognosen für das Jahr 2014 nun deutlich nach unten revidiert werden. Aus Sicht der Wirtschaftspolitik spielt die aktuelle Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Rolle für die Anwendung des Europäischen Stabilitätspaktes: Durch die statistische Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts sinken Staatsschulden- und Defizitquote, und der Spielraum für öffentliche Defizite wird etwas weiter.

^a Ab dem 1. September 2014 ist es für die Mitgliedstaaten der EU grundsätzlich rechtsverbindlich, die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den aktualisierten Konzepten des ESGV 2010 zu veröffentlichen.

Katja Drechsel (Katja.Drechsel@iwh-halle.de)

Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr*

Die Wirtschaft in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2014 recht kräftig (um 1,8%) expandieren. Damit ist der Rückstand zu dem Expansionstempo in Westdeutschland (2%) deutlich geringer als in den Jahren zuvor, obwohl Bevölkerung und Erwerbspersonenpotenzial in Ostdeutschland weiter fallen und im Westen steigen. Die Gründe für die Dyna-

mik im Osten sind konjunkturell: Wichtige Exportmärkte für die ostdeutsche Wirtschaft liegen vor allem im Euroraum und in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten, und deshalb profitiert Ostdeutschland von der – wenn auch zumeist sehr verhaltenen – Belebung der Konjunktur in diesen Ländern besonders. Der dämpfende Effekt des Nachfragerückgangs aus Russland im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt ist begrenzt, denn das Land nahm im Jahr 2013 nur 3½% der ostdeutschen Exporte ab. Auch veranlasst die gute Konjunktur die Unternehmen in Deutschland dazu, ihre Lager aufzufüllen. Davon profitiert speziell das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe, denn dort hat die Produktion von Vorleistungsgütern, die bei einem Lageraufbau besonders gefragt sind, ein großes Gewicht.

Tabelle 1:
Gesamtwirtschaftliche Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2014

	2011	2012	2013	2014
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt, real	1,4	0,1	-0,1	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	5,5	-1,9	-0,7	5,0
Baugewerbe	5,8	-4,0	-1,3	4,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information/Kommunikation	3,9	0,3	1,6	1,7
Finanzierung/Unternehmensdienstleistungen/Wohnungswesen	3,0	2,1	1,0	1,5
öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit, private Haushalte	-0,8	0,0	-1,0	0,0
<i>in 1 000 Personen</i>				
Erwerbstätige (Inland)	5 808	5 819	5 806	5 820
Unterbeschäftigte	1 185	1 143	1 125	1 067
<i>darunter:</i> registrierte Arbeitslose	721	682	660	628
Arbeitslosenquote ^a	11,0	10,5	10,2	9,7
<i>Produktivität</i>				
BIP (real) je Erwerbstätigenstunde, Zuwachs in %	1,2	0,5	1,3	1,1
BIP (nominal) je Erwerbstätigenstunde, ABL ^b = 100	70,1	70,5	71,4	71,4

^a Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^b ABL: Alte Bundesländer (mit Berlin).

Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder“ (Veröffentlichung: März/Mai 2014) und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Prognose des IWH (Stand: 07.08.2014).

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem Jahr 2015 wird den Durchschnittslohn im Osten deutlich stärker steigen lassen als in Westdeutschland, denn in Ostdeutschland arbeitet derzeit wohl fast jeder fünfte Arbeitnehmer für weniger als 8,50 Euro.

Die strukturellen Rückstände der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber dem Westen verringern sich seit einigen Jahren aber kaum mehr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt bei etwa 67% des Westniveaus, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei etwa 84%. Den Unterschied erklären zu einem Großteil Pendlereinkommen von Ostdeutschen und die regionale Umverteilung über das Rentenversicherungssystem. Der reale Konsum je Einwohner dürfte im Osten bei rund 90% des Westniveaus liegen.

Axel Lindner (Axel.Lindner@iwh-halle.de)

Hans-Ulrich Brautzsch, Franziska Exß, Cornelia Lang, Brigitte Loose, Udo Ludwig, Birgit Schultz

* Dieser Beitrag gibt die Kurzfassung des IWH-Berichts zur ostdeutschen Wirtschaft vom 11. August 2014 wieder, vgl. [IWH-Pressmitteilung 21/2014](#).

Kommunale Kooperation und Effizienz: Das Beispiel der hessischen Abwasserentsorgung

Frédéric Blaeschke*, Peter Haug

Angesichts der teilweise prekären Finanzlage deutscher Kommunen gelten freiwillige Kooperationen im Kommunalbereich als mögliche Alternative, z. B. zu politisch heiklen Gebietsreformen, um Kostenersparnisse zu realisieren. Die Ergebnisse einer Effizienzstudie des IWH (in Kooperation mit der Universität Kassel) zeigen am Beispiel der hessischen kommunalen Abwasserentsorgung allerdings, dass sich nicht jede Form der kommunalen Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung günstig auf die Effizienz der Leistungserstellung auswirken muss. Insbesondere die verbreitete Teilzweckverbandslösung schneidet hier eher ungünstig ab. Weitere Ergebnisse zeigen neben einem erheblichen Effizienzsteigerungspotenzial auch eine weitgehende Ausschöpfung von Größenvorteilen. Daneben bestätigt sich außerdem der erhebliche Einfluss demographischer und siedlungsstruktureller Faktoren für die effiziente Abwassersammlung und -behandlung.

Ansprechpartner: Peter Haug (Peter.Haug@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: D23, D24, D73, H72, R5

Schlagwörter: kommunale Zusammenarbeit, Kommunalfinanzen, Effizienz, DEA, Abwasser

Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden oder Landkreisen sind – nicht nur in Deutschland – seit längerem als Alternativen zu Gebietsreformen in der politischen Diskussion. Verbunden wird mit ihnen angesichts des sich abzeichnenden demographischen Wandels und der teilweise kritischen Finanzlage der Kommunen u. a. die Hoffnung auf Kosteneinsparungen, Spezialisierungsvorteile oder die Verbesserung des kommunalen Leistungsangebots.¹ Entsprechend fördern einige Landesregierungen aktiv die kommunale Gemeinschaftsarbeit.²

Welche Auswirkungen nun unterschiedliche Kooperationsformen speziell auf die Kostenseite bzw., allgemeiner, auf die relative Produktionseffizienz der kommunalen Leistungserstellung haben, ist die Leitfrage einer gemeinsamen Untersuchung des IWH und des Fachgebiets Finanzwissenschaft der Universität Kassel.³

* Frédéric Blaeschke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Quantitative Methoden der Universität Kassel.

¹ So sieht es z. B. das [bayerische Innenministerium](#); ähnlich auch die [Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement \(KGSt\)](#).

² So unterhält etwa das hessische Innenministerium ein eigenes [Förderprogramm für interkommunale Kooperationen in der Verwaltung](#) sowie gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein eigenes [Kompetenzzentrum interkommunale Zusammenarbeit](#).

³ Ein IWH-Diskussionspapier dazu ist im Erscheinen.

Den behaupteten Effizienzgewinnen durch Kooperation steht ein ausgesprochener Mangel an empirischen und theoretischen Untersuchungen zu diesem Thema gegenüber.⁴ Aus theoretischer Sicht lassen sich drei idealtypische Organisationsformen unterscheiden. Absteigend danach geordnet, wie viel politische Kontrolle eine Gemeindevertretung ausüben kann, sind dies: Eigenbereitstellung, Kooperation (z. B. [Teil-]Zweckverband) und Fremdbezug (z. B. auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung).

Technische Aspekte, Anreizeffekte und Transaktionskosten bei kommunalen Kooperationen

Für kleine Gemeinden ermöglichen Kooperationen die Realisierung von Größenvorteilen oder – bei Zusammenlegung mehrerer kommunaler Leistungsarten – Verbundvorteilen. Auch das Erreichen von Mindestgrößen oder -nutzerzahlen trägt über die damit verbundene Fixkostendegression zur Effizienz der kommunalen Leistungserbringung bei. Eine Alternative stellt der Fremdbezug der kommunalen Leistung dar, bei dem die Gemeinde von den Kosteneinsparungspotenzialen durch bessere Kapazitäts-

⁴ Für einen Überblick vgl. [Hulst, R.; Montfort, A. van \(Hrsg.\): Inter-Municipal Cooperation in Europe](#). Springer: Dordrecht 2007.

auslastung beim externen Vertragspartner – oft eine Nachbargemeinde – profitiert.

Werden politökonomische Erwägungen einbezogen, ist der Zusammenhang zwischen Kooperation und Effizienz nicht mehr eindeutig. Aus der Prinzipal-Agenten-Theorie folgt, dass die Organisationsform die Anreizstrukturen der politischen Entscheidungsträger und der Verwaltung beeinflusst.⁵ Einerseits sind bei Kooperationslösungen die Anreize für Politiker zur Kontrolle der Verwaltung kleiner als im Fall der Eigenbereitstellung. Andererseits beschränken Kooperationen die Möglichkeiten willkürlicher Stellenvergabe oder die des Missbrauchs der Verwaltung für persönliche Zwecke durch politische Entscheidungsträger.⁶ Das gilt in noch höherem Maße für den Fremdbezug.

Darüber hinaus sind Transaktionskosten zu beachten. Durch zusätzliche Entscheidungsgremien steigt beispielsweise die Intransparenz für Bürger und kommunale Entscheidungsträger. Zudem verlängern sich Konfliktlösungsprozesse mit der Zahl der beteiligten Gemeinden. Kooperationen sind in dieser Hinsicht ineffizienter als Fremdbezug oder Eigenbereitstellung. Dieses Problem verschärft sich, wenn dadurch Doppel- und Mehrfachstrukturen entstehen, beispielsweise durch die Mitgliedschaft einer Gemeinde in mehreren, für die gleiche Aufgabe zuständigen Zweckverbänden.⁷

Auch Fremdbezug ist aus transaktionskostentheoretischer Sicht nicht notwendigerweise effizienter als Eigenerstellung. Besonders bei langen Zeithorizonten (hohe Unsicherheit) steigt die Gefahr eines bilateralen Monopols, also einer gegenseitigen Abhängigkeit von beziehender und bereit-

stellender Gemeinde.⁸ In diesem Fall entscheidet die Verhandlungsmacht der jeweiligen Gemeinden über die Vorteilhaftigkeit der Bereitstellungsform.

Aus den Ausführungen wird deutlich, dass sich neben technologiebedingten Argumenten für Kooperation (Größenvorteile bzw. Verbesserung der so genannten „Skaleneffizienz“) deutliche Nachteile in Form von Ineffizienzen aus erhöhten Kontroll- und Transaktionskosten (beeinflussen die größenunabhängige, so genannte „technische Effizienz“) ergeben können. Eine analytische Trennung der beiden Effizienzkomponenten ist im Rahmen eines einfachen Durchschnittskostenvergleichs nicht möglich, weshalb hier ein nicht-parametrischer Ansatz der Effizienzanalyse angewendet wird.

Zersplitterte Zuständigkeiten im Abwasserbereich

Die Effizienzeffekte kommunaler Kooperationen werden am Beispiel des hessischen Abwassersektors untersucht. Dafür sprechen die relativ stabilen und etablierten Kooperationsstrukturen (überwiegend Zweckverbände) in Hessen und der übrigen westdeutschen kommunalen Abwasserentsorgung seit den 1960er Jahren sowie die vergleichsweise gute Messbarkeit der Leistung, d. h. des „Outputs“.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich bei den hessischen Städten und Gemeinden in den meisten Fällen auf die Abwasserbehandlung, d. h., entweder betreibt ein Teilzweckverband die gemeinsame(n) Kläranlage(n) oder die Reinigung des Abwassers erfolgt – z. B. auf Basis einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung – in der Kläranlage der Nachbargemeinde. Kennzeichnend ist für Hessen außerdem die teilweise ausgeprägte Zersplitterung der Zuständigkeiten für die Abwasserentsorgung innerhalb einer Gemeinde, denn neben den genannten Reinformen bestehen oftmals Kombinationen hinsichtlich der Kooperationsform und der räumlichen Zuständigkeit.⁹

⁵ Klassische Beiträge aus der Bürokratiethorie diskutieren in diesem Zusammenhang das Problem so genannter X-Ineffizienzen. Vgl. *Leibenstein, H. S.*: Allocative Efficiency vs „X-Efficiency“, in: *The American Economic Review*, Vol. 56 (3), 1966, 392-415.

⁶ Vgl. *Sørensen, R. J.*: Does Dispersed Public Ownership Impair Efficiency? The Case of Refuse Collection in Norway, in: *Public Administration*, Vol. 85 (4), 2007, 1045-1058.

⁷ Dieses Argument führen vor allem Kritiker funktional begrenzter Kooperationen an: Vgl. *Dafflon, B.*: Voluntary Amalgamation of Local Governments: The Swiss Debate in the European Context. *International Center for Public Policy, Working Paper 1204*. International Center for Public Policy: Georgia State University 2012.

⁸ Zum Problem der „fundamentalen Transformation“ vgl. *Williamson, O. E.*: *The Economic Institutions of Capitalism*. The Free Press: New York 1985.

⁹ Im Fall der Stadt Hessisch-Lichtenau (Werra-Meißner-Kreis) etwa bestehen Mitgliedschaften in drei (Teil-)Zweckverbänden und es wird Abwasser in den Kläranlagen einer Nachbargemeinde und eines weiteren Zweckverbands (keine Mitgliedschaft) behandelt. Ferner betreibt die Stadt eine eigene kleine Kläranlage sowie teilweise das Ortskanalnetz.

Im Unterschied zu den wenigen vergleichbaren Effizienzstudien für den Wasser-/Abwasserbereich setzt die vorliegende Studie nicht auf der Ebene der Entsorgungsbetriebe, sondern auf der Gemeindeebene an, d. h., es geht um die Frage, welche Kosten („Inputs“) einer Gemeinde für die Entsorgung der im Gemeindegebiet anfallenden Abwassermenge entstehen.

Von den 421 hessischen kreisangehörigen Städten und Gemeinden gehen insgesamt 193 in die Analyse ein. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit und Vergleichbarkeit beschränkt sich die Untersuchung auf Gemeinden bzw. Zweckverbände mit ausschließlich kameralistischer Buchführung. Der gewählte Untersuchungszeitraum umfasst das Jahr 2006.

Die Berechnung der relativen Effizienzmaße erfolgt mittels einer zweistufigen Data-Envelopment-Analyse (DEA) unter Annahme variabler Skalenerträge,¹⁰ was außerdem die Berücksichtigung exogener Einflussgrößen („Umweltvariablen“) vereinfacht. Die Regressionsanalyse bezieht sich dabei auf die (größeneffektbereinigte) technische Effizienz; zur Überprüfung auf ungenutzte Größenvorteile wird außerdem noch die Skaleneffizienz bestimmt.

Als Näherungsgröße für den Output dient die örtlich anfallende Schmutzwassermenge, die auf der Basis des Trinkwasserverkaufs an Letztverbraucher geschätzt wird. Inputs sind Personalausgaben, Kapitalkosten (Mieten, Pachten, kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen) sowie fremdbezogene Leistungen. Bei Zweckverbandsmitgliedschaften werden der Gemeinde Inputs des Zweckverbands anteilig zur Schmutzwassermenge zugerechnet. Die Ausgabendaten für den Abwasserbereich entstammen der Jahresrechnungsstatistik.

Als für die Studie zentrale Umweltvariablen dienen die folgenden Organisationsformen, denen die Gemeinden zugeordnet werden: Gemeinden, die die Abwasserentsorgung überwiegend selbst erledigen („Selbstklärer“), Selbstklärer, die zusätzlich Abwasser von Nachbargemeinden behandeln („Selbstklärer + Fremdadwasser“), Zweckverbandsmitglieder, Gemeinden, die ihr Abwasser in den

Anlagen anderer Gemeinden behandeln lassen („Fremdklärer“) und Mischformen.

Andere Abwasserkomponenten wie Fremdwasser (z. B. eingedrungenes Grundwasser) und Niederschlagswasser stellen vor allem eine Belastung des Abwassersystems dar. Zur Berücksichtigung des Letzteren wird die potenziell abwasserrelevante Niederschlagsmenge als Umweltvariable einbezogen. Hinzu kommt außerdem die Zahl der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes als Proxy für das Potenzial an industriellem Abwasser. Darüber hinaus gehen noch die Bevölkerungsdichte sowie die Bevölkerungsänderung im Zeitraum von 2001 bis 2005 als demographische und siedlungsstrukturelle Variablen in die Regression ein.

Größenvorteile ausgeschöpft – Outsourcing lohnt

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass Größenvorteile im Abwasserbereich weitgehend ausgeschöpft sind (Medianwert Skaleneffizienz: 1,035). Eine Ausnahme bilden kleine Gemeinden (bis ca. 3 000 Einwohner). Größenvorteile durch Bildung größerer Einheiten sind in der Abwasserentsorgung nur beschränkt realisierbar (Kläranlagenbetrieb), weil z. B. die Größe des Ortskanalnetzes eines Ortsteils von eventuellen Fusionen unberührt bleibt.

Die Ergebnisse deuten außerdem auf ein nicht unerhebliches Potenzial zur Steigerung der technischen Effizienz hin (Mittelwert: 1,698, Medianwert 1,599).¹¹

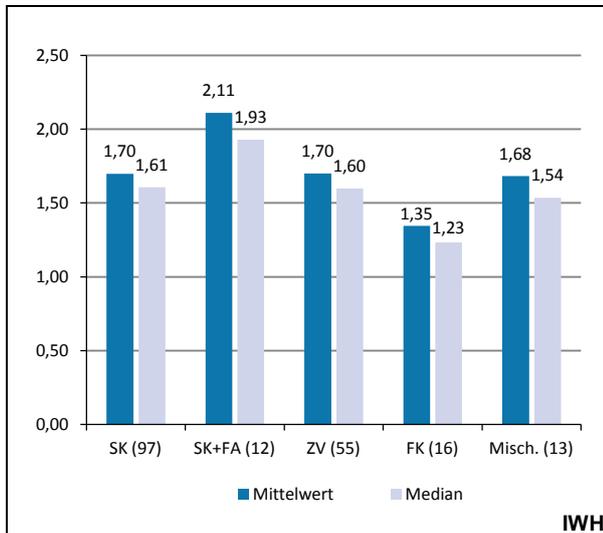
Der reine Vergleich der Gruppenmittelwerte und -mediane (vgl. Abbildung) verdeutlicht bereits, dass die Mehrheit der Fremdklärer effizienter und die Selbstklärer, die Fremdadwasser aufnehmen, tendenziell ineffizienter arbeiten als die reinen Selbstklärer. Keine eindeutigen Unterschiede zeichnen sich auf dieser Analysestufe zu den Zweckverbandsgemeinden sowie den Mischformen ab. Da die Zweckverbandsgemeinden jedoch im Schnitt eine deutlich höhere Bevölkerungsdichte (weniger Kanalmeter pro Einwohner notwendig) aufweisen als die Selbstklärer, ist zu erwarten, dass sie bei gleicher Bevölkerungsdichte ineffizienter sind als die Selbstklärer.

¹⁰ Für Details vgl. Algorithmus 2 in *Simar, L.; Wilson, P.: Estimation and Inference in Two-stage, Semi-parametric Models of Production Processes*, in: *Journal of Econometrics*, Vol. 136 (1), 2007, 31-64.

¹¹ Der Kehrwert des Medianwerts (0,625), das so genannte Farrell-Maß, zeigt, dass 50% der untersuchten Gemeinden ihre Inputs um mindestens 37,5% reduzieren könnten, um die gleiche Schmutzwassermenge zu entsorgen.

Abbildung:
Relative Effizienz verschiedener kommunaler Kooperationsformen in der Abwasserentsorgung (Hessen 2006)

- Vergleich Gruppenmittelwerte und -mediane -



Anmerkungen: SK = Selbstklärer, SK+FA = Selbstklärer + Fremdadwasser, ZV = Zweckverbandsmitglied, FK = Fremdklärer, Misch. = Mischformen. Verglichen werden die Gruppenwerte (Fallzahlen in Klammern) der Inputdistanzfunktionen mit Werten ≥ 1 , wobei gilt, je kleiner, desto effizienter.

Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

Effizienznachteile für (Teil-)Zweckverbände

Diese Überlegungen werden durch die Ergebnisse der Regressionsanalyse bestätigt (vgl. Tabelle). Wird der Einfluss der Bevölkerungsdichte berücksichtigt, so sind Zweckverbandslösungen signifikant ineffizienter als die komplette Eigenentsorgung, während sich bei den Mischformen weiterhin kein Unterschied zeigt. Ein möglicher Grund dürften die höheren Transaktionskosten in Zweckverbänden sein, die außerdem überwiegend als Teilzweckverbände keine vollständige Aufgabenentlastung bieten.

Outsourcing scheint sich in Hessen zu lohnen – im Gegensatz zu den Selbstklärern mit Fremdadwasseraufnahme. Eine mögliche Erklärung wäre, dass die „Abwasserimporteure“ im Durchschnitt größere Städte und Gemeinden sind, während die Fremdklärer teilweise zu den kleinsten hessischen Gemeinden gehören. Bei dieser Konstellation profitieren vor allem die kleinen Gemeinden von den Vorteilen durch gemeinsame Anlagennutzung.

Es zeigt sich außerdem, dass die Niederschlagswassermenge die Effizienz senkt, während eine größere Industrieabwassermenge eher die Kapazitätsauslastung verbessert und folglich die relative

Effizienz steigert. Ebenfalls eine bessere Kapazitätsauslastung ermöglicht ein mäßiges Bevölkerungswachstum, und die Bevölkerungsdichte wirkt erwartungsgemäß effizienzsteigernd.

Tabelle:

Auswirkungen der Umweltvariablen

- Ergebnisse der Regressionsanalyse (Basismodell) -

Variable	Effekt
Selbstklärer + Aufnahme Fremdadwasser	-
Zweckverbandsmitglied	-
Fremdklärer	+
Mischform	0
Bevölkerungsdichte	+
Beschäftigte Verarbeitendes Gewerbe	+
abwasserrelevante Niederschlagsmenge	-
Bevölkerungsänderung von 2001 bis 2005	+

Anmerkungen: abhängige Variable ist die technische Effizienz; „+“ signifikant (auf mindestens 5%-Niveau) effizienzsteigernd, „-“ entsprechend effizienzsenkend, „0“-Koeffizient statistisch insignifikant; Referenzgruppe sind die Selbstklärer.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Bezüglich der potenziellen Effizienzwirkungen von interkommunalen Kooperationen lassen sich – zumindest für den Abwasserbereich – tendenziell folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Aus Sicht der Gemeinde sind Größenvorteile aus Kooperationen aufgrund der spezifischen Charakteristika der Abwasserentsorgung nur bedingt zu erwarten.
2. Zur Steigerung der technischen Effizienz legen die Ergebnisse die Vermutung nahe, dass eine Zweckverbandslösung nur bei vollständiger Übertragung der Aufgabenträgerschaft und Vermeidung von Mehrfachmitgliedschaften sinnvoll ist.

Sollen sich Kooperationen auf die Ebene der Abwasserklärung beschränken, dann erscheint z. B. eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Nachbargemeinde sinnvoller, da hier die Kostenvorteile einer gemeinsamen Anlagennutzung ausgeschöpft werden können, und zwar ohne dass zusätzliche Transaktionskosten durch zu schaffende Organisationseinheiten und Gremien entstehen.

Die „International Banking Library“

Matias Ossandon Busch, Julia Schneider, Lena Tonzer

Die Globalisierung von Finanzmärkten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Gründe dafür sind gesteigerte Auslandsaktivitäten realwirtschaftlicher Unternehmen, die Einführung einer gemeinsamen Währung im Euroraum sowie die Deregulierung der Finanzmärkte. Ein Indikator für das Zusammenwachsen von Finanzmärkten sind zum Beispiel die drastisch gestiegenen Auslandsaktivitäten deutscher und französischer Banken (vgl. Abbildung). Diese internationalen Verflechtungen können einerseits positive Auswirkungen haben: Kapital kann dorthin fließen, wo es gebraucht wird, und Risiken können über nationale Grenzen hinweg gestreut werden. Andererseits können grenzüberschreitende Aktivitäten im Finanzsektor Ansteckungseffekte verursachen, indem sie Schocks international übertragen.

Während der Finanzkrise wurde dies offensichtlich. Erhöhte Ausfallrisiken im Bankensektor im Zuge der Finanzkrise und die Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit von Staaten während der europäischen Staatsschuldenkrise führten vor allem in Ländern wie Griechenland, Portugal oder Irland zum Rückzug von ausländischem Kapital. Die neu einsetzende und zunehmende Fragmentierung des internationalen Bankensystems hat dabei die Lage in vielen Ländern verschärft. Staatliche Rettungsprogramme mussten zur Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems eingerichtet werden, und Forderungen nach neuen Regulierungsmaßnahmen und der Errichtung einer Bankenunion im Euroraum wurden laut.

Aufbau der die International Banking Library

Angesichts dieser Entwicklungen und der Bedeutung gut funktionierender Finanzmärkte für die Realwirtschaft erscheint es nicht verwunderlich, dass diese Themen auch in der Forschung in den Fokus gerückt sind. So zeigt sich, dass die Zahl der Veröffentlichungen zum Thema „International Banking“ kurz nach dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich gestiegen ist (vgl. Abbildung). Doch obwohl das Thema „International Banking“ durch die

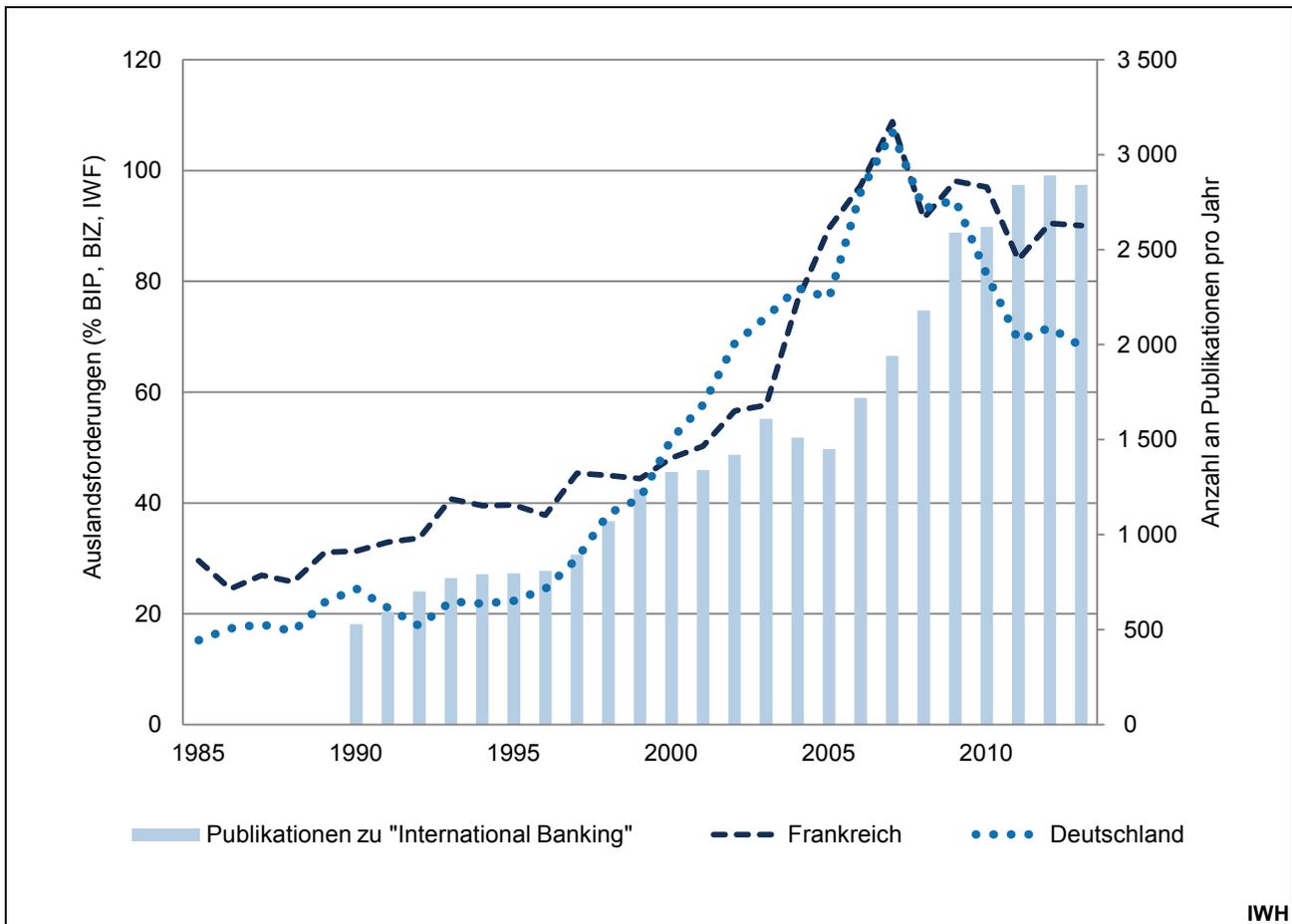
Finanzkrise an Bedeutung gewonnen hat, sind Informationen zu wissenschaftlichen Arbeiten und Daten in Bezug auf internationale Aktivitäten von Banken, Finanzmarktstabilität und Regulierung nicht systematisch verfügbar. Eine gute Datenbasis ist allerdings eine wichtige Basis für die Forschung. Aus diesem Grund wurde die *International Banking Library*¹ aufgebaut, die seit Juni 2014 online ist. Ziel der *International Banking Library* ist es, sowohl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden als auch der Politik und Öffentlichkeit Informationen zu Forschungsprojekten, verfügbaren Datenquellen und aktuellen Entwicklungen hinsichtlich Finanzmarktintegration und internationaler Regulierungsvorhaben in einem übersichtlichen Format zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem *International Banking Research Network (IBRN)*², das von *Claudia M. Buch* (Deutsche Bundesbank) und *Linda Goldberg* (Federal Reserve Bank of New York) gegründet wurde. Das IBRN ist ein Zusammenschluss verschiedener Zentralbanken mit dem Ziel, wissenschaftliche Fragestellungen zu Auslandsaktivitäten von Banken länderübergreifend zu analysieren.

Als Ergänzung zur Forschungsagenda des IBRN bietet die *International Banking Library* einen Überblick über relevante Literatur zum Thema „International Banking“. Vor dem Ausbruch der Finanzkrise ging die Forschung dabei hauptsächlich den Fragen nach, warum Banken ins Ausland gehen und welche Auswirkungen dies für das Gastland oder den heimischen Markt hat. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise hat sich die Forschung auf die internationale Übertragung von Schocks fokussiert. Dabei wurden verschiedene Kanäle – wie zum Beispiel der Interbankenmarkt –, über die Schocks international übertragen werden können,

¹ Vgl. die Website der International Banking Library: www.bankinglibrary.com.

² Vgl. die Website des International Banking Research Network: <http://www.newyorkfed.org/IBRN/index.html>.

Abbildung:
 Internationales Banking
 - Auslandsförderungen und Forschungsoutput (Publikationen) -



Quellen: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ); Internationaler Währungsfonds (IWF); Google-Scholar-Stichwortsuche „International Banking“; Darstellung des IWH.

analysiert. Sobald Schocks über nationale Grenzen übertragen werden, liegen Diskussionen zur Notwendigkeit einer supranationalen Regulierung im Bankensektor sowie der Implementierung einer internationalen Bankenaufsicht nahe. Die aktuellere Forschung beschäftigt sich daher mit Kosten und Nutzen einer supranationalen Bankenaufsicht und -regulierung. Für eine angemessene Gestaltung der Bankenregulierung und -aufsicht ist es dabei wichtig zu verstehen, wie Banken vernetzt sind. Vor allem mit Blick auf Stabilitätsfragen ist es nicht mehr ausreichend, die Bank als solche zu betrachten, sobald sie national oder international vernetzt ist. Um die Finanzstabilität des kompletten Systems einschätzen zu können, muss vielmehr die gesamte Netzwerkstruktur berücksichtigt werden. Ein zentrales Problem hierbei ist die Verfügbarkeit von Daten, da vergleichbare Daten für Banken oft nur

auf nationaler Ebene erhoben werden. Der Zusammenschluss verschiedener Nationalbanken im IBRN ist ein Weg, trotz dieser Restriktion länderübergreifende Erkenntnisse zur Bedeutung der Auslandsaktivitäten von Banken zu gewinnen.

Neben der Bereitstellung relevanter Literatur zu den oben genannten Themen bietet die *International Banking Library* eine Übersicht zu Datenquellen und liefert dazu weitere Informationen (wie z. B. die Beschreibung der einzelnen Datenquellen und Angaben zur Verfügbarkeit). Diese Datensätze sind nach verschiedenen Themenbereichen sortiert. So gibt es neben dem Bereich für die Daten, die sich direkt auf die Auslandsaktivitäten der Banken beziehen, auch Informationen zu Bilanzdaten von Banken. Darüber hinaus bietet die *International Banking Library* eine Übersicht über Datensätze zu systemischen Risikoindikatoren und zur Banken-

aufsicht und -regulierung. Weitere Finanzindikatoren, die die Forschung in diesem Bereich ergänzen, vervollständigen das Angebot.

Ziel der International Banking Library

Ziel ist es, in Zukunft auch institutseigene Datenbanken des IWH in die *International Banking Library* einzubinden. Ein Beispiel ist die *Latin American Banking Database*. Diese Datenbank besteht aus Bankdaten verschiedener Länder Lateinamerikas und enthält Informationen über alle offiziell gelisteten Banken eines Landes. Diese ermöglichen es, die Bedeutung ausländischer Tochtergesellschaften für die Übertragung von Schocks in das lateinamerikanische Bankensystem zu erforschen. Lateinamerika ist dabei ein interessantes Forschungsfeld, da diese Region unterschiedlichste Phasen der Finanzmarktintegration und eine Vielzahl an Finanzmarktkrisen erlebt hat.

Die Website der *International Banking Library* umfasst darüber hinaus weitere Ressourcen wie eine Übersicht zu Lehrbüchern oder Informationen zu Forschungs- und Politikinitiativen, die sich mit der Finanzmarktintegration und Regulierung von Finanzmärkten beschäftigen. Mit der Errichtung der Bankenunion im Euroraum beginnt eine neue Stufe der Bankenintegration. Um diese Entwicklung zu verfolgen, sollen in Zukunft weiterführende Informationen zur Europäischen Bankenunion und zur Transparenz der Regulierung und Aufsicht bereitgestellt werden. Somit bietet die *International Banking Library* einen breiten Überblick über relevante Literatur, verfügbare Datenquellen und aktuelle Entwicklungen auf internationalen Finanzmärkten.

Matias.OssandonBusch@iwh-halle.de
Lena.Tonzer@iwh-halle.de

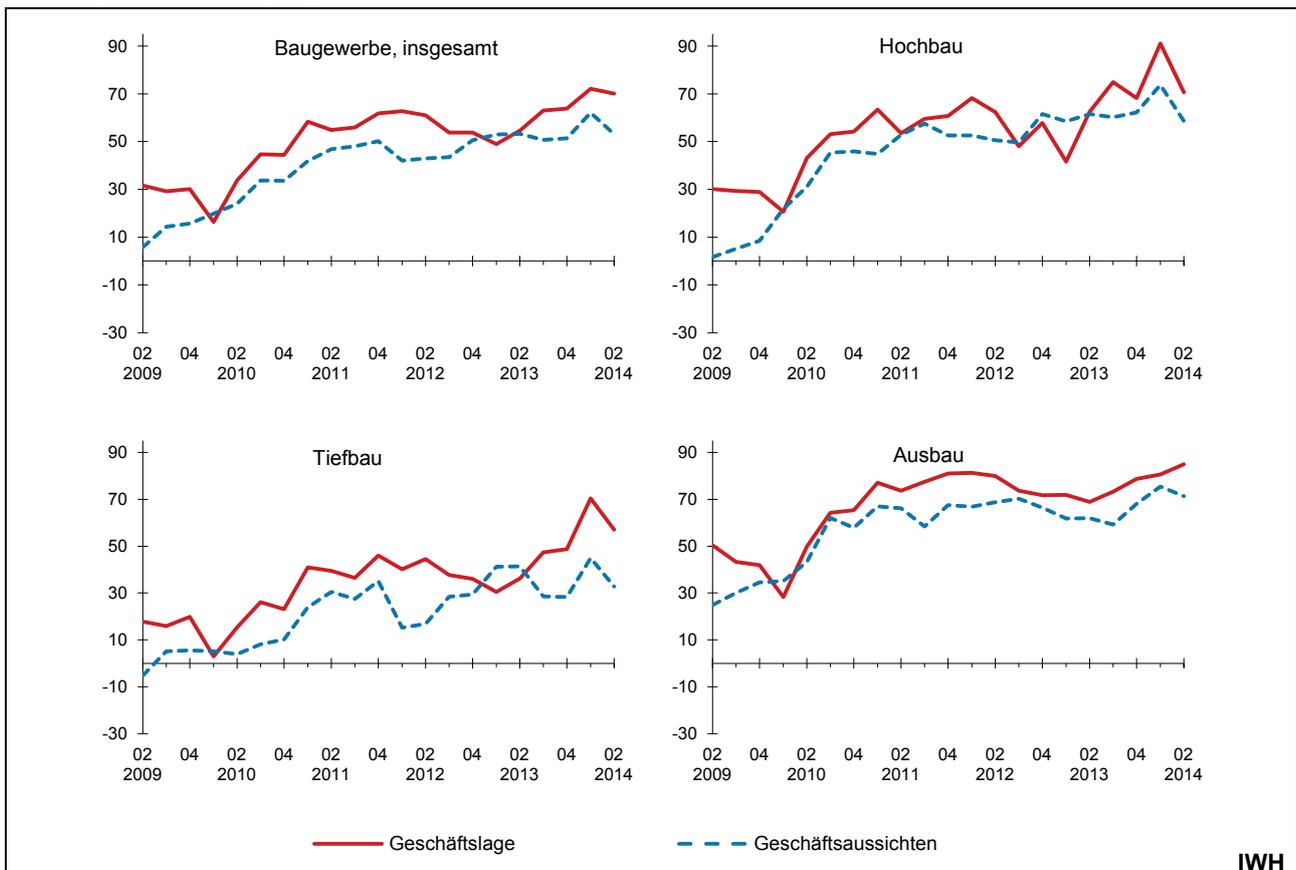
IWH-Baumfrage im zweiten Quartal 2014: Baukonjunktur verliert etwas an Schwung

Die Geschäfte der 300 vom IWH befragten ostdeutschen Bauunternehmen sind im Frühsommer 2014 nicht mehr ganz so gut gelaufen wie noch zu Jahresbeginn. Der Indikator für die aktuelle Geschäftslage gibt geringfügig, der der Geschäftsaussichten bis zum Herbst etwas deutlicher nach (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Allerdings hatte die Bauproduktion zu Jahresbeginn vor allem dank eines ungewöhnlich milden Winterwetters und noch anstehender flutbedingter Baumaßnahmen außerordentlich stark angezogen.

Die konjunkturelle Grundtendenz dürfte somit im ersten Quartal deutlich überzeichnet gewesen

sein. Erwartungsgemäß ist es im zweiten Quartal zu einer Anpassung nach unten gekommen. Damit hat die Bauproduktion ihren Schwung vom Jahresanfang zwar verloren, sie befindet sich aber immer noch über dem hohen Niveau vom Jahresende 2013 (vgl. Tabelle). Gleiches gilt für die Liquiditätsausstattung. Die etwas stärkere Gegenbewegung bei den Aussichten dürfte vor allem dem nachlassenden Auftragsfluss und den weniger optimistischen Produktions- und Ertrags Erwartungen geschuldet sein. Aber auch diese bleiben im Schnitt über dem Niveau des Vorjahrs. Die Preisüberwälzungsspielräume werden sogar nochmals günstiger bewertet

Abbildung 1:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

als im Quartal zuvor (vgl. Baupreiserwartungen in Abbildung 2). In den einzelnen Sparten zeigt sich dabei ein sehr differenziertes Bild.

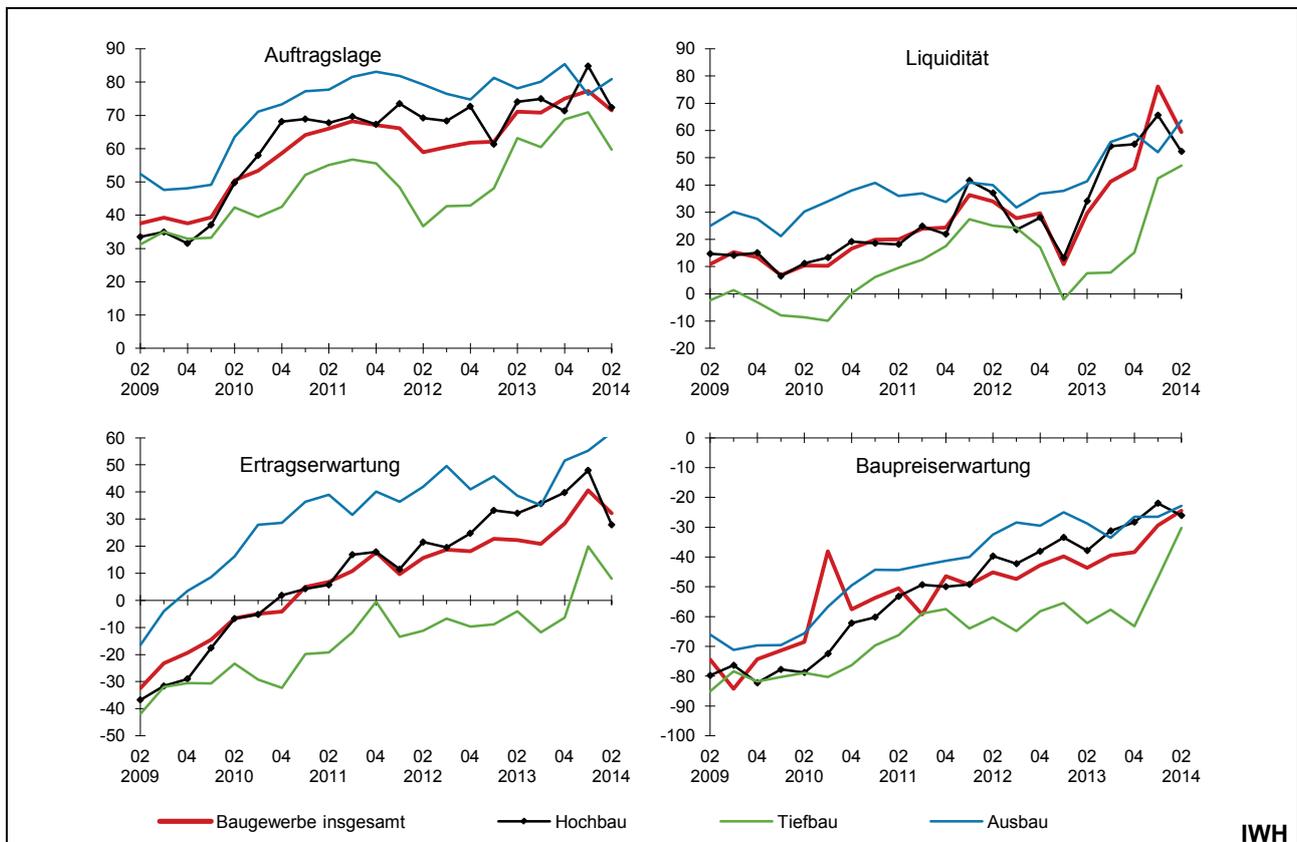
Die Unternehmen aus dem *Hoch-* und dem *Tiefbau*, die vom milden Winter zu Beginn des Jahres in besonderem Maße profitiert haben, signalisieren am aktuellen Rand auch die stärkste Gegenbewegung. Die Salden aus den positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage sinken hier um 20 bzw. 13 Punkte. Um reichlich zehn Saldenpunkte verschlechtern sich aber auch die Werte für die Aussichten. Zwar dürften noch weitere flutbedingte Infrastrukturinvestitionen im öffentlichen Bau anstehen, es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Impulse im Zeitverlauf abnehmen. Im Wohnungsbestand dürften die flutbedingten Baumaßnahmen weitgehend vollzogen sein. Angesichts niedriger Zinsen und guter Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation bleibt der Wohnungsbau insgesamt aber aufwärtsgerichtet; außerdem zieht der Wirtschafts-

bau einhergehend mit der gesamtwirtschaftlichen Aufhellung langsam an. Die Salden der Auftragslage halten sich deshalb laut Umfrage auch über dem durchschnittlichen Niveau des Vorjahrs. Die Durchsetzung höherer Preise wird insbesondere von den Tiefbauunternehmen erwartet.

Im *Ausbau* stellt sich die Situation alles in allem am günstigsten dar. Die aktuelle Geschäftslage hat sich im Frühsommer 2014 sogar weiter verbessert, und die Aussichten werden nur geringfügig schlechter bewertet als im Vorquartal. Die Auftragslage wird nach einer Abschwächung zu Jahresbeginn – anstehende Baumaßnahmen zur Beseitigung von Flutschäden waren wohl abgeschlossen – nun wieder besser bewertet. Darüber hinaus stellt sich die Liquiditätsausstattung günstiger dar, und auch hinsichtlich der zu erwartenden Erträge und Baupreise sind die Unternehmen optimistischer als zuvor.

Brigitte Loose
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Abbildung 2:
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:
 Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
 - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -

	2/12	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14
Baugewerbe									
Lage	61	54	54	49	55	63	64	72	70
Aussichten	43	44	51	53	53	51	51	62	53
Produktion	52	53	46	33	50	52	58	76	60
Auftragslage	59	61	62	62	71	71	75	77	71
Liquidität	34	28	30	11	30	41	46	76	59
Baupreise	-49	-51	-49	-52	-45	-40	-39	-31	-32
Produktionserwartungen	41	45	45	48	48	45	51	62	52
Ertragserwartungen	16	19	18	23	22	21	28	41	32
Baupreiserwartungen	-45	-47	-43	-40	-44	-39	-38	-29	-24
Hochbau									
Lage	62	48	58	42	62	75	68	91	71
Aussichten	51	50	62	58	61	60	62	74	59
Produktion	60	55	56	32	59	67	65	96	64
Auftragslage	69	68	73	61	74	75	71	85	72
Liquidität	37	24	28	13	34	54	55	66	52
Baupreise	-46	-45	-47	-46	-36	-32	-25	-22	-32
Produktionserwartungen	46	46	54	55	55	54	54	67	51
Ertragserwartungen	21	20	25	33	32	36	40	48	28
Baupreiserwartungen	-40	-42	-38	-33	-38	-31	-28	-22	-26
Tiefbau									
Lage	44	38	36	31	36	47	49	70	57
Aussichten	17	28	29	41	41	29	28	45	33
Produktion	37	38	23	12	24	27	37	52	46
Auftragslage	37	43	43	48	63	60	69	71	60
Liquidität	25	24	17	-2	8	8	15	42	47
Baupreise	-64	-67	-66	-67	-64	-63	-65	-59	-51
Produktionserwartungen	20	29	25	31	32	24	33	52	36
Ertragserwartungen	-11	-7	-10	-9	-4	-12	-6	20	8
Baupreiserwartungen	-60	-65	-58	-55	-62	-58	-63	-47	-30
Ausbau									
Lage	80	74	72	72	69	73	79	81	85
Aussichten	69	70	66	62	62	59	68	75	71
Produktion	63	69	64	58	69	65	74	78	67
Auftragslage	79	76	75	81	78	80	85	76	81
Liquidität	40	32	37	38	41	56	59	52	64
Baupreise	-35	-40	-33	-40	-35	-27	-31	-17	-15
Produktionserwartungen	61	66	61	59	59	55	67	73	71
Ertragserwartungen	42	50	41	46	39	35	52	55	62
Baupreiserwartungen	-33	-28	-30	-25	-29	-34	-27	-27	-23

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

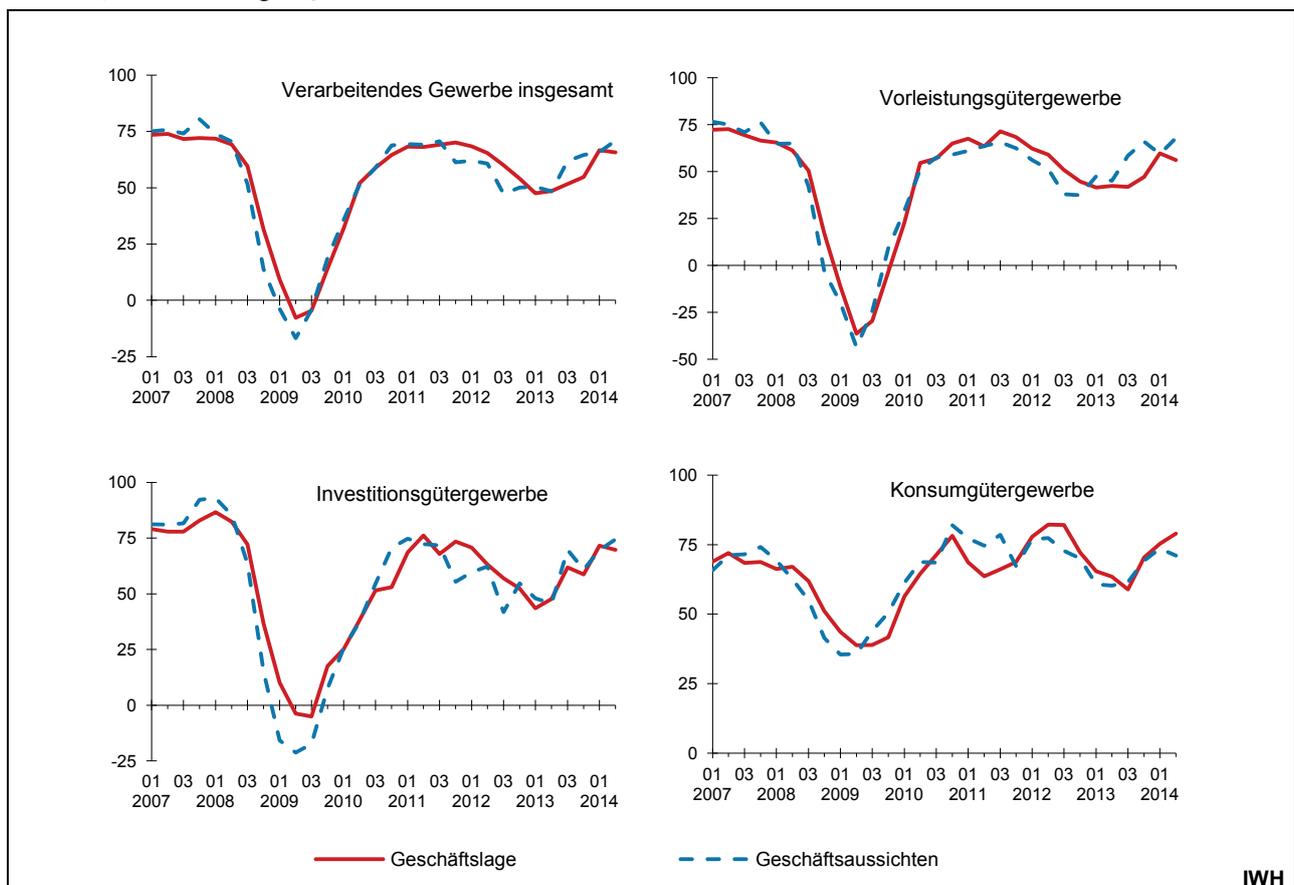
IWH-Industrienumfrage im zweiten Quartal 2014: Anhaltender Optimismus

Die ostdeutsche Industrie erwartet für die nächsten Monate gute Geschäfte. Das zeigen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen. Das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland gibt sich derzeit unbeeindruckt von den politischen Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten. Die Geschäftslage hat sich nach dem starken Aufwärtsschub im ersten Quartal auf ihrem hohen Niveau gehalten. Sie wird lediglich um einen Saldenpunkt schwächer eingeschätzt. Der Saldo aus positiven und negativen Urteilen über die Geschäftsaussichten hat sich zum vierten Mal in Folge erhöht (vgl. Abbildung 1).

Die positiven Erwartungen an die Geschäftstätigkeit in den nächsten sechs Monaten resultieren nach den vorliegenden Daten vor allem aus den Produktionserwartungen. Diese sind weiterhin stark aufwärtsgerichtet und haben ein so hohes Niveau wie zuletzt im Jahr 2011 (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Die aktuelle Auftragslage hingegen wird nach der starken Verbesserung im Vorquartal nunmehr wieder etwas verhaltener beurteilt.

Bezogen auf die fachlichen Hauptgruppen bietet die Konjunktur kein einheitliches Bild. Die Produzenten von Vorleistungsgütern waren ausgesprochen schwungvoll ins erste Quartal gestartet und

Abbildung 1:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

sind mit ihrer Geschäftslage nunmehr etwas weniger zufrieden. Die Aussichten haben sich aber wieder spürbar aufgehellt und das höchste Niveau seit mehreren Jahren erreicht. Auch die Zufriedenheit mit der Produktionslage ist auf einem Höchststand, wie er zuletzt im Jahr 2011 erreicht wurde. Und die Sparte erwartet hinsichtlich Produktion und Erträgen, dass es noch besser laufen wird als zu Jahresbeginn (vgl. Tabelle). Die geringfügig schwächer beurteilte Geschäfts- und Auftragslage dürfte vor diesem Hintergrund eine Normalisierung des überzeichneten ersten Quartals sein.

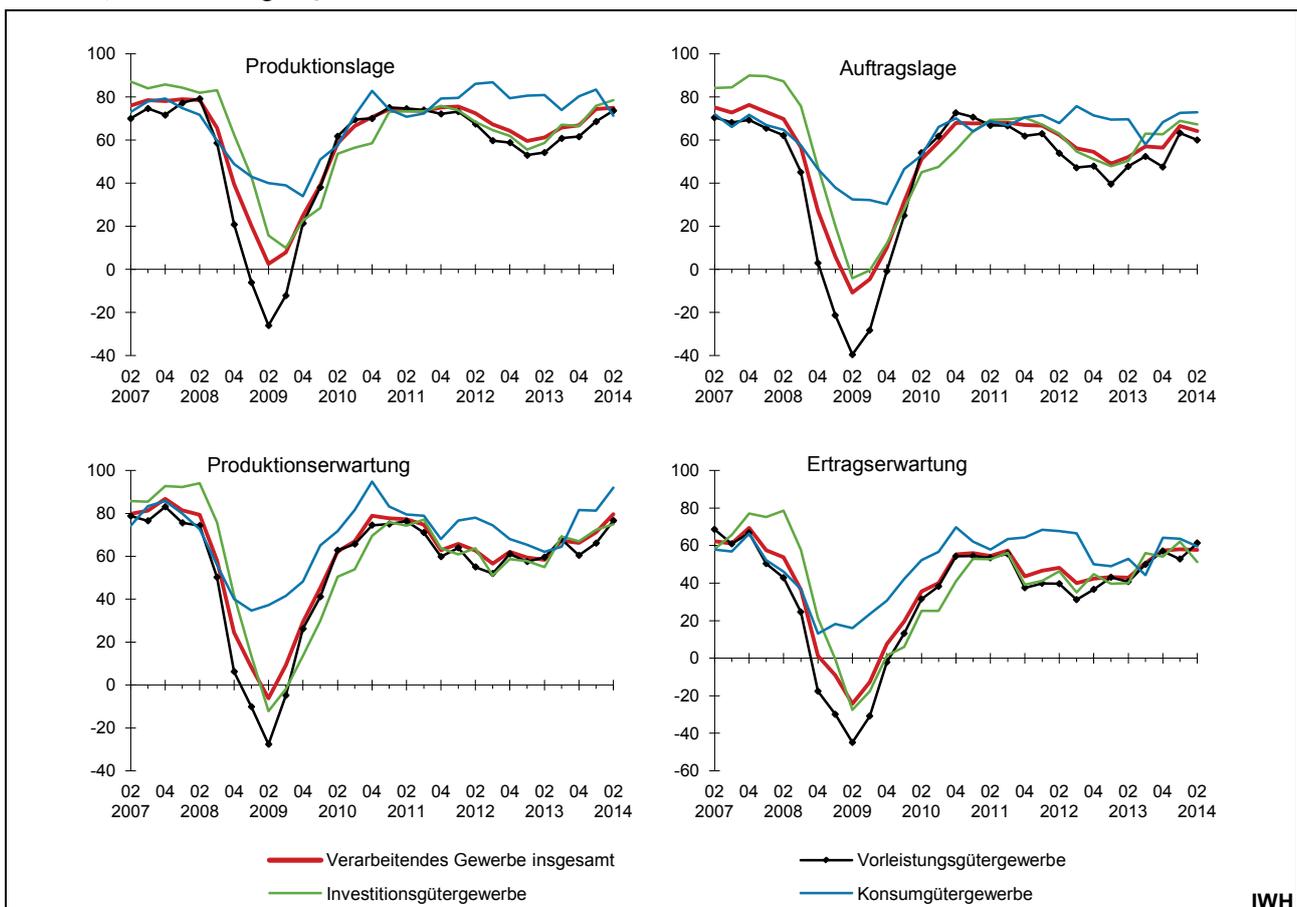
Auch im Investitionsgütergewerbe zeigt sich nach einem ausgesprochen starken ersten Quartal eine moderatere Gangart der Konjunktur. Das hohe Niveau der Geschäftsaktivitäten behält die Sparte aber bei. Die Geschäftslage wird geringfügig schwächer beurteilt, die Aussichten bleiben aufwärts-

gerichtet. Die Produktion wird im Saldo nochmals besser bewertet als in der vorherigen Umfrage, und Gleiches gilt für die Produktionserwartungen (vgl. Abbildung 2).

Die Hersteller von Konsumgütern melden – trotz schwächerer Produktion – zum dritten Mal in Folge eine größere Zufriedenheit mit der momentanen Geschäftslage als im Vorquartal. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate werden zwar etwas weniger positiv als in der vorherigen Umfrage beurteilt. Aber die Auftragslage als vorlaufender Indikator wird unverändert gut eingestuft. Die Erwartungen an die Produktion überflügeln das Niveau der anderen Sparten deutlich (vgl. Abbildung 2).

Cornelia Lang
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Abbildung 2:
Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragsersparungen laut IWH-Industrienumfragen - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](http://www.iwh-halle.de), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Tabelle:
 Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
 - Salden^a, saisonbereinigte Quartalswerte -

	2/12	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14	2/14
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt									
Lage	65	60	54	48	48	52	55	67	66
Aussichten	61	47	50	50	48	62	65	66	71
Produktion	72	67	64	60	61	66	67	74	75
Auftragslage	62	56	54	49	52	57	56	66	64
Liquidität	54	51	54	47	53	58	58	63	56
Produktionserwartungen	63	57	62	59	58	67	66	71	80
Ertragserwartungen	48	40	42	43	43	51	57	58	58
Vorleistungsgütergewerbe									
Lage	59	51	45	41	42	42	47	60	56
Aussichten	51	38	37	47	45	58	66	59	68
Produktion	67	60	59	53	54	61	62	69	74
Auftragslage	54	47	48	40	48	52	48	63	60
Liquidität	55	50	54	49	52	58	57	62	52
Produktionserwartungen	55	52	61	57	60	68	60	66	77
Ertragserwartungen	40	31	37	43	41	50	57	53	61
Investitionsgütergewerbe									
Lage	63	57	52	44	48	62	59	72	70
Aussichten	62	42	55	48	46	70	61	70	75
Produktion	68	65	62	55	59	67	66	76	78
Auftragslage	63	55	51	48	50	63	63	69	67
Liquidität	53	58	59	47	56	58	62	69	60
Produktionserwartungen	64	51	59	58	55	69	67	72	75
Ertragserwartungen	46	35	45	40	40	56	54	62	51
Konsumgütergewerbe									
Lage	82	82	72	65	63	59	70	75	79
Aussichten	77	73	70	61	60	62	69	74	71
Produktion	86	87	79	81	81	74	80	83	71
Auftragslage	68	76	71	69	70	58	68	73	73
Liquidität	54	47	48	46	51	55	53	53	55
Produktionserwartungen	78	74	68	65	62	65	82	81	92
Ertragserwartungen	68	67	50	49	53	44	64	64	60

^a Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Real Effective Exchange Rate Misalignment in the Euro Area: A Counterfactual Analysis

Waren reale effektive Wechselkurse der Euroländer beim Ausbruch der globalen Finanzkrise dramatisch fehlbewertet? Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach, da die theoretischen Grundlagen der Herleitung gleichgewichtiger realer Wechselkurse umstritten sind. Auch waren die meisten möglichen Bestimmungsfaktoren kurz vor der Krise selbst nicht im Gleichgewicht und lassen daher auch keinen Schluss auf reale effektive Wechselkurse zu. Im Papier wird synthetisches Matching verwandt, um diese Probleme zu umgehen. Dazu wird für jedes frühe Mitgliedsland des Euroraums ein synthetisches Vergleichsland als Kombination mehrerer anderer Länder konstruiert, die den Euro nicht eingeführt haben. Die Peripherieländer des Euroraums werden am besten durch eine Mischung von Entwicklungsländern und entwickelten Volkswirtschaften beschrieben, während für das Matching der Kernländer kein Entwicklungsland notwendig ist. Unsere Methode zeigt, dass reale effektive Wechselkurse in den Peripherieländern zwischen Oktober 2007 und September 2008 teilweise deutlich überbewertet waren, während die der Kernländer mehr oder weniger nah bei ihrem Gleichgewichtsniveau lagen.

Makram El-Shagi, Axel Lindner, Gregor von Schweinitz: Real Effective Exchange Rate Misalignment in the Euro Area: A Counterfactual Analysis. IWH-Diskussionspapiere Nr. 6/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/6-14.pdf>.

Plant-based Bioeconomy in Central Germany – Mapping of Actors, Industries and Places

Durch die steigende Weltbevölkerung stellen sich für das 21. Jahrhundert weitreichende Herausforderungen in Form von Ernährungssicherheit und nachhaltiger Energieversorgung bei gleichzeitig sinkender Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe. Eine Bestrebung, diese Probleme zu lösen, stellt das Konzept der Bioökonomie dar. Besonders Pflanzen erfüllen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Aufgabe. Sie können sowohl als Nahrungsgrundlage als auch, in Form von Biomasse, für industrielle Zwecke und zur Energiegewinnung genutzt werden. Durch die Verbindung von landwirtschaftlicher und industrieller Forschung und Produktion bietet die Bioökonomie Wachstumspotenziale speziell in ländlichen Räumen. Das Ziel dieses Beitrags ist somit, den Entwicklungsstand der pflanzenbasierten Bioökonomie der drei mitteldeutschen Bundesländer – Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – zu erfassen und diesen mit dem gesamtdeutschen zu vergleichen. Es soll hierbei ein detaillierter Blick auf die verschiedenen Sektoren geworfen und die beteiligten Industrien dargestellt werden. Dies bezieht sich auf deren Ansiedlung, das Alter der Unternehmen sowie deren Verteilung über die Klassen der NACE Systematik.

Wilfried Ehrenfeld, Frieder Kropfhäuser: Plant-based Bioeconomy in Central Germany – Mapping of Actors, Industries and Places. IWH-Diskussionspapiere Nr. 7/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/7-14.pdf>.

Do We Need New Modelling Approaches in Macroeconomics?

Die im Jahr 2008 einsetzende weltweite Finanzkrise hat auch eine intensive Debatte über Methoden und die Bedeutung makroökonomischer Forschung ausgelöst. Dabei stehen drei Punkte im Zentrum der Diskussion: Erstens hätten Ökonomen die Krise nicht vorhergesehen und keine wirksamen Frühwarnsysteme vorzuweisen. Zweitens seien Finanzmärkte nur unzureichend in den gängigen makroökonomischen Modellen berücksichtigt. Drittens seien die Annahmen der Makroökonomien bezüglich des menschlichen Verhaltens unrealistisch, insbesondere die Annahme rationaler und optimierender Individuen. In diesem Beitrag gehen wir auf die ersten beiden Punkte ein. Aus unserer Sicht vernachlässigt die Kritik an der modernen Makroökonomik wichtige Fortschritte der vergangenen Jahre. Es gibt eine Reihe von vielversprechenden neuen Ansätzen, finanzielle Aspekte in makroökonomischen Modellen besser zu modellieren.

Claudia M. Buch, Oliver Holtemöller: Do We Need New Modelling Approaches in Macroeconomics? IWH-Diskussionspapiere Nr. 8/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/8-14.pdf>.

Veranstaltungen

11. und 12. September 2014 in Halle (Saale): Workshop „Hochschulen im demografischen Wandel – Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten“

Der im Rahmen des BMBF-Forschungsprojekts „Hochschulstrategien für Beiträge zur Regionalentwicklung unter Bedingungen demografischen Wandels“ (RegDemo) veranstaltete Workshop widmet sich Hochschulaktivitäten, die neben den Hauptaufgaben Lehre und Forschung stattfinden, deren empirische Erfassung bislang allerdings deutliche Unschärfen aufweist. Inhaltlich bewegen sich empirische Befunde des feldbezogenen Forschungsstands meist in eher klassischen Feldern wie der Innovationsförderung/Spin-Offs oder der Hochschule als Wirtschaftsfaktor. Vergleichsweise verschwommen ist das Bild dagegen bei regionalen Wissensnetzwerken und hochschulbezogenen sozialräumlichen Aktivitäten und Wirkungen. Die Veranstaltung zielt dabei auf (1) die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes zum Thema, (2) die Präsentation der eigenen empirischen Ergebnisse und (3) die Überführung in praxiskompatibles Anwendungswissen.

1. und 2. Oktober 2014 in Halle (Saale): 11. IWH/IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik: „Langzeitleistungsbezug und -arbeitslosigkeit. Ursachen, Konsequenzen, Auswege“

Trotz der positiven Arbeitsmarktentwicklung der vergangenen Jahre hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Deutschland kaum abgenommen. Die Mehrzahl von ihnen erhält Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Auch wenn die Grundsicherung die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt bzw. die Aktivierung als ihr primäres Ziel definiert, ist nur knapp die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsbezieher/innen tatsächlich arbeitslos.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet der diesjährige Workshop die Phänomene von langfristigem Sozialleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Auf der Makroebene soll der Zusammenhang von Langzeitleistungsbezug bzw. -arbeitslosigkeit und den gesellschaftlichen bzw. Arbeitsmarktstrukturen analysiert werden. Auf individueller Ebene sollen hingegen Determinanten und Folgen von Langzeitleistungsbezug oder -arbeitslosigkeit ebenso in den Blick genommen werden wie Maßnahmen, mit denen sich die Situation möglicherweise verbessern lässt.

Keynote speaker:

Markus Gangl (Goethe-Universität Frankfurt am Main)

13. und 14. November 2014 in Halle (Saale): 2. IWH-ENIC-Workshop „Evolution von Netzwerken, Industrien und Clustern (ENIC)“

Am 13. und 14. November 2014 veranstalten die Universitäten Kassel (Guido Bünstorf), Hohenheim (Andreas Pyka) und Hannover (Tom Brökel) gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Workshop zum Thema „Evolution von Netzwerken, Industrien und Clustern (ENIC)“. Der Workshop bietet Nachwuchsforscherinnen und -forschern, aber auch erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit, jüngere Entwicklungen des Faches, neue Forschungsideen, empirische und theoretische Arbeiten vorzustellen und zu diskutieren. Insbesondere noch nicht publizierte Papiere sind willkommen.

Keynote speakers:

Oliver Falck (LMU München, ifo Institut)

Koen Frenken (Universität Utrecht)

1. und 2. Dezember 2014 in Halle (Saale): 15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“

The Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Centre Interuniversitaire de Recherche en Economie Quantitative (CIREQ) are organizing the 15th Macroeconometric Workshop to be held in Halle (Saale) on December 1-2, 2014.

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. We invite applied and theoretical papers dealing with panel data, time series and business cycles, international macroeconomics and finance. Papers that explicitly cover aspects of identification and causality are particularly welcome. Each conference day is opened by a keynote speaker, followed by contributed papers.

Keynote speakers:

Sophocles Mavroeidis (University of Oxford)

Abderrahim Taamouti (Universidad Carlos III de Madrid)

Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (3), 2014

Oliver Holtemöller, Martin Altemeyer-Bartscher
Kommentar: Auf welche Frage sind zwei Billionen die Antwort?

Arbeitskreis Konjunktur des IWH
Prognose-Update: Binnennachfrage treibt Aufschwung in Deutschland

Manuel Buchholz, Felix Noth
Im Fokus: Die Entwicklung der Kernkapitalquoten der deutschen Banken seit der Finanzkrise

Makram El-Shagi, Axel Lindner, Gregor von Schweinitz
Geriet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Euroraum-Ländern nach Gründung der Währungsunion aus dem Gleichgewicht?

Gerhard Heimpold
Zehn Fragen zur Deutschen Einheit

Externe Publikationen

Titze, Mirko; Brachert, Matthias; Kubis, A.
Actors and Interactions – Identifying the Role of Industrial Clusters for Regional Production and Knowledge Generation Activities, in: Growth and Change, Vol. 45 (2), 2014, 163-190.

Buch, Claudia M.; Koch, C. T.; Koetter, Michael
Should I Stay or Should I Go? Bank Productivity and Internationalization Decisions, in: Journal of Banking and Finance, Vol. 5, 2014, Article 158.

IWH-Diskussionspapiere

Nulsch, Nicole
Is Subsiding Companies in Difficulties an Optimal Policy? An Empirical Study on the Effectiveness of State Aid in the European Union
Nr. 9/2014, Juli 2014.

Impressum

Herausgeber:

Dr. Gerhard Heimpold
Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Dr. Herbert S. Buscher
Dr. Hubert Gabrisch
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning
Layout: Ingrid Dede
Telefon: +49 345 7753 738/721
Telefax: +49 345 7753 718
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)
Telefon: +49 345 7753 60
Telefax: +49 345 7753 820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 20. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. August 2014

ISSN 0947-3211 (Print)
ISSN 2194-2129 (Online)